

Hagen muss keine Flächen ausweisen

Bürgerinitiative Gegenwind informiert mit juristischem Beistand Hagerer Ratsfraktionen. 150 Meter hohe neue Anlage entspricht Höhenbegrenzung nicht

Von Volker Bremshey

Hohenlimburg. Die Bürgerinitiative Gegenwind Hagen befindet sich auf Informationstour. Und zwar mit den Fachleuten der in Ibbenbüren angesiedelten Rechtsanwaltskanzlei. So folgten die „Gegenwindler“ jetzt mit dem juristischen Beistand den Einladungen der Ratsfraktionen von CDU, Hagen Aktiv, Bürger für Hohenlimburg und den Piraten. Ein Informationsaustausch mit der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Hagen musste aus terminlichen Gründen kurzfristig abgesagt werden.

In diesen Gesprächen machte „Gegenwind“ noch einmal deutlich, dass der seit dem Jahr 2002/2003 in Hagen bestehende Flächennutzungsplan rechtlich nicht angreifbar ist, weil der Windenergie bereits ausreichend Raum gegeben worden sei und deshalb der Plan nicht geändert werden müsse.

Im Klartext: Hagen muss keine neuen Flächen ausweisen. „Hier drehen sich aktuell zehn Windenergieanlagen. Von denen eine, nämlich die im Bereich Bölling, im vergangenen Jahre ‚repowert‘ worden ist und mit der Höhe von 150 Metern nicht der bislang in Hagen geltenden Höhenbegrenzung von 100 Metern entspricht“, sagt Markos Piesche, Vorsitzender der Bürgerinitiative.

Die von „Gegenwind“ beauftragte Kanzlei ist der Meinung, dass bei der von der Verwaltung jetzt angedachten Änderung des Flächennutzungsplanes eine doppelte Klagewelle auf die Stadt Hagen zukommen wird: von den Gegnern der Windenergie und auch von den Befürwortern, weil das Genehmigungsverfahren im Vergleich zum Jahr 2002/2003 viel komplizierter geworden ist. Die alten Planungen



Markos Piesche
FOTO: BREMSHEY

waren nach sieben Jahren nicht mehr beklagbar. Piesche: „Die neuen sind das schon. Da gibt es keine zeitliche Grenze.“

Die Bürgerinitiative zeigt sich enttäuscht, dass Oberbürgermeister Erik O. Schulz bislang noch nicht auf eine Stellungnahme der Rechtsanwaltskanzlei vom 21. Oktober reagiert hat. Diese wurde ihm in einem Gedankenaustausch vom Vorstand der Bürgerinitiative übergeben. Piesche: „Eine Antwort ist bislang ausgeblieben. Aus diesem Grund haben wir als Bürgerinitiative die Ratsfraktionen informiert.“

Konstruktive Gespräche

Willi Strüwer, stellvertretender CDU-Fraktionschef und Vorsitzender der Ortsunion Hohenlimburg, bezeichnete die Gespräche mit „Gegenwind“ als sehr konstruktiv und zielführend. „Da sind

wir für Hohenlimburg auf einem guten Weg.“

Ähnlich sieht es Frank Schmidt (Bürger für Hohenlimburg): „Die Bürgerinitiative gibt sich viel Mühe. Der Rechtsanwalt hat in der Gesprächsrunde alles detailliert aufgedrösel. Seine Darstellung erscheint uns juristisch nachvollziehbar.“

Alte Anlagen durch größere neue ersetzen

■ Eine große Bedeutung hat **Repowering** in der Windenergiebranche. Windenergieanlagen sind für etwa 25 Jahre ausgelegt. Durch die rasante Entwicklung der Technologie ist es in vielen Fällen für Betreiber rentabel, vor Ablauf der technischen Lebensdauer alte Anlagen durch neue, größere zu ersetzen.